

31.1.2018

Ergebnisprotokoll 3. Sitzung

1. Rückblick auf die 2. Sitzung (Protokoll, Vereinbarungen zur Zusammenarbeit)

Die **Protokollentwürfe** der ersten und zweiten Sitzung wurden genehmigt. Die Protokolle wurden ins Internet gestellt:

<https://www.marburg.de/politik-stadtgesellschaft/marburg-auf-einen-blick/beteiligen-und-mitwirken/buerger-innenbeteiligung/koordinierungsgruppe/>

Die **Vereinbarungen zur Zusammenarbeit** wurden mit einer Neuformulierung im Abschnitt („Transparenz für die Öffentlichkeit unter Wahrung der Vertraulichkeit“) kurz vorgestellt. Im Anschluss nahmen einzelne Teilnehmende zu den Vereinbarungen Stellung. Die Vereinbarungen wurden mit einer Gegenstimme und vier Enthaltungen angenommen. Im Ergebnis werden die Teilnehmenden der Koordinierungsgruppe die Vereinbarungen zur Grundlage ihrer Zusammenarbeit machen. Auch die Vereinbarungen wurden im Internet veröffentlicht.

2. Diskussion der Vorschläge der AG Inklusion und Vielfalt: Wie gelingt die Beteiligung möglichst vieler Marburger/innen?

Aus Zeitgründen konnten nur die Vorschläge zu den Unterzielen 1, 2 und vier diskutiert werden. Die Diskussion zu den anderen Vorschlägen wird fortgesetzt. Dafür wird in Absprache mit den Sprecher/innen ein neuer Termin gefunden.

Unterziel 1: Gute Information und Kommunikation

Dem Vorschlag wird in geänderter Form zugestimmt. Es wird vorgeschlagen, den Vorschlag in folgender Weise zu ergänzen:

- Die Standards für gute Information und Kommunikation in Beteiligungsverfahren sollten genauer formuliert werden. (Operationalisierbarkeit, um eine Evaluierung zu ermöglichen)
- Es sollten allgemeine Standards und - falls erforderlich – auch angemessene Standards für einzelne Fachdienste entwickelt werden.
- Die Evaluation sollte anhand der Untersuchung einzelner / konkreter Beteiligungsprozesse erfolgen.

Unterziel 2: Verständliche Information und klare Informationswege

Dem **Vorschlag Nr. 1 (Fortbildungskonzept)** wird in abgeänderter Form zugestimmt. Der Vorschlag wird in folgender Weise ergänzt:

- In die Fortbildungen sollten auch Vertreter/innen der Politik einbezogen werden.
- Es wird deutlich gemacht, dass es an dieser Stelle um verständliche Information und Kommunikation in Beteiligungsverfahren geht. Gleichwohl

sollen die schon bestehenden Ansätze und Erfahrungen in der Verwaltung, einfache und leichte Sprache zu nutzen, miteinbezogen werden und die zukünftigen Erfahrungen in Beteiligungsprozessen den anderen Fachdiensten zur Verfügung gestellt werden.

- Der Begriff „Peers“ wird erläutert. Es handelt sich dabei darum, „durch Betroffenheit entstandenes Erfahrungswissen“ zu nutzen (Peer: Gleiche unter Gleichen)
- Die Umsetzung des Vorschlags wird weiter diskutiert. Es soll genauer beschrieben werden, wer / welche Stelle in der Verwaltung die Fortbildungen organisieren sollte (z.B. die VHS?). Es soll eine zentrale Zuständigkeit für Information und Kommunikation in Beteiligungsprozessen in der Verwaltung geschaffen werden, die Fachdienste bei der Erstellung von Information und Kommunikation in verständlicher Sprache unterstützt.

Dem **Vorschlag Nr. 2 (Informations-, Ideen- und Beschwerdemanagement)** wird grundsätzlich zugestimmt. Einzelne Teilnehmende machen deutlich, dass es sich hierbei um ein zentrales Anliegen von Bürger/innen handelt.

Es erfolgt eine Diskussion dazu, inwieweit über bestehende Internet- und Social Media – Zugänge (Mängelmelder, Facebook) hinaus Social Media – Kanäle (z.B. Instagram) eingesetzt werden sollen. Diesem Vorschlag wird aus Gründen begrenzter Ressourcen in der Verwaltung nicht zugestimmt.

Der Vorschlag wird in folgender Weise ergänzt:

- Der Begriff „Informationsmanagement“ soll genauer erläutert werden. Im Kern geht es darum, im Rahmen des Ideen- und Beschwerdemanagements auch ein Eingangstor für Fragen und Informationsbedarfe von Einwohner/innen zu schaffen.

Unterziel 4: Breite Ansprache

Den Vorschlägen des Unterziels wird zugestimmt. Es werden folgende Ergänzungen vorgeschlagen:

- Die Benennung der Vor-Ort-Formate wird gestrichen, da die einzelnen Mandatsträger / Gremien (Bürgermeister, Magistrat, Stadtverordnetenversammlung) selbst über entsprechende Formate entscheiden müssen.
- Der Begriff „Bürgerbeteiligungs-App“ wird präzisiert. Es wird deutlich gemacht, dass es sich hierbei um ein Instrument der Einwohner/innenbefragung handelt. Bei der Umsetzung sollen datenschutzrechtliche Belange berücksichtigt werden. Außerdem soll bei Entscheidungsfragen der direkte politische Dialog ebenfalls genutzt werden. Schließlich sollte die App aus Gründen der Barrierefreiheit mit Voice Over ausgestattet sein. Die App sollte ggf. mit weiteren Apps verbunden werden, damit nicht wieder zu viele Zugänge

3. Verschiedenes

Vor verschiedenen Seiten wird vorgeschlagen, das Thema: „Rolle der Politik in der Bürger/innenbeteiligung“, „Rolle der Parteien in der Bürger/innenbeteiligung“ aufzugreifen und intensiver zu diskutieren.